

Fragen

für die Fragestunde der 153. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Februar 2024

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|--|-----------------------------|---|-----------------------------|
| Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke) | 9, 29 | Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke) | 30, 45 |
| Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 10, 11 | Lay, Caren (Gruppe Die Linke) | 5 |
| Birkwald, Matthias W. (Gruppe Die Linke) | 20, 21 | Lenkert, Ralph (Gruppe Die Linke) | 40, 41 |
| Brandner, Stephan (AfD) | 2, 3 | Mack, Klaus (CDU/CSU) | 27, 39 |
| Bürger, Clara (Gruppe Die Linke) | 59, 60 | Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU) | 12, 13 |
| Bystron, Petr (AfD) | 61, 62 | Müller, Axel (CDU/CSU) | 17, 18 |
| Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW) | 52, 70 | Pau, Petra (Gruppe Die Linke) | 28, 58 |
| Gädechens, Ingo (CDU/CSU) | 25, 26 | Peterka, Tobias Matthias (AfD) | 1, 63 |
| Görke, Christian (Gruppe Die Linke) | 37, 49 | Pilsinger, Stephan (CDU/CSU) | 31, 32 |
| Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke) | 44, 67 | Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU) | 6, 7 |
| Hardt, Jürgen (CDU/CSU) | 64, 65 | Renner, Martina (Gruppe Die Linke) | 24, 57 |
| Hauer, Matthias (CDU/CSU) | 8, 47 | Rohwer, Lars (CDU/CSU) | 56, 66 |
| Hierl, Susanne (CDU/CSU) | 15, 16 | Schattner, Bernd (AfD) | 4, 55 |
| Hunko, Andrej (Gruppe BSW) | 33, 68 | Seitz, Thomas (AfD) | 34, 35 |
| Jarzobek, Thomas (CDU/CSU) | 53, 54 | Spahn, Jens (CDU/CSU) | 50, 51 |
| Kiesewetter, Roderich (CDU/CSU) | 22, 23 | Straubinger, Max (CDU/CSU) | 19 |
| Kraft, Rainer, Dr. (AfD) | 38, 48 | Vogler, Kathrin (Gruppe Die Linke) | 36, 69 |
| Krichbaum, Gunther (CDU/CSU) | 46 | Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU) | 42, 43 |
| Krings, Günter, Dr. (CDU/CSU) | 14 | | |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|--|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz..... | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft..... | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend..... | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit | 10 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ... | 12 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz..... | 13 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen | 14 |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes | 15 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz..... | 16 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat | 17 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes | 19 |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Plant die Bundesregierung eine Reform des § 184b des Strafgesetzbuches, und liegt der Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine konkrete Datengrundlage zu sogenannten Warnfällen vor (vgl. www.bild.de/politik/inland/politik-inland/drei-jahre-nach-verschaerfung-ampel-senkt-kinderporno-straften-86470206.bild.html sowie Beiträge des Bundesministers der Justiz Dr. Marco Buschmann auf der Plattform X: <https://twitter.com/MarcoBuschmann/status/1746570763191345485>, zuletzt abgerufen am 15. Januar 2024)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Hat die Bundesregierung bei ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erörtert, wie sich ein solches Gesetz auf die Meinungsfreiheit auswirken könnte (bitte Antwort begründen)?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche Gesetze werden nach Ansicht des Bundesministers der Justiz im Zuge der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes ebenfalls angepasst werden müssen?
4. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)

Welche Reformen und Gesetze möchte der Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode durchsetzen?
5. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, einen sogenannten Referentenentwurf für eine soziale Mietrechtsreform vorzulegen, und wie ist der Zeitplan der Bundesregierung diesbezüglich bis zur Einbringung in den Deutschen Bundestag?
6. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)

In wie vielen Fällen wurden im Bundesministerium der Justiz in den Jahren 2009 bis 2023 Beamte, die zum Referatsleiter befördert wurden, bei der erstmaligen Beurteilung in ihrer neuen Funktion als Referatsleiter mit der Note C oder der Note D beurteilt (bitte jeweils unter numerischer Angabe nach den einzelnen Kalenderjahren tabellarisch aufschlüsseln)?

7. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen wurden im Bundesministerium der Justiz „13 Beamte bereits kurz nach ihrer Beförderung zum Referatsleiter von der Besoldungsstufe A15 auf die Stufe A16 angehoben“, obwohl die „üblichen Regeln“ vorsehen, „dass Referatsleiter, die in ihrer neuen Funktion erstmals beurteilt werden die Note D bekommen“ und „für eine Beförderung auf A16 [...] die Note C erforderlich“ ist, und wurde „in diesen Fällen von den üblichen Regeln zur Beurteilung abgewichen“ (falls ja, bitte aufführen, inwieweit von den üblichen Regeln zur Beurteilung abgewichen wurde; <https://table.media/berlin/news-ber/justizministerium-verdacht-auf-aemterpatronage/>)?
8. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) wurden seit dem Beginn der Amtszeit der Bundesregierung von der Besoldungsgruppe A15 in die Besoldungsgruppe A16 befördert bzw. als Tarifbeschäftigte entsprechend höher vergütet (bitte jeweils aufschlüsseln nach Personen, die bereits vor dem 8. Dezember 2021 im BMJ beschäftigt waren und Personen, die vor dem 8. Dezember 2021 nicht im BMJ beschäftigt waren), und wie viele Monate betrug in diesen Fällen die durchschnittliche Verweildauer in der bisherigen Besoldungsgruppe bzw. Entgeltgruppe (bitte jeweils aufschlüsseln nach Personen, die bereits vor dem 8. Dezember 2021 im BMJ beschäftigt waren und Personen, die vor dem 8. Dezember 2021 nicht im BMJ beschäftigt waren)?
9. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie ist der Sachstand bei der Erarbeitung der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Verankerung eines Fortbildungsanspruchs für Familienrichterinnen und Familienrichter, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung für eine Qualitätssicherung der Familiengerichtsverfahren?

10. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Treffen Medienberichte zu, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine Mietrechtsreform „bereits fertig in der Schublade liegt“ (siehe dazu: www.stern.de/wirtschaft/news/wohnen--spd-macht-bei-mieterschutz-druck-auf-justizminister-34456630.html und www.gmx.net/magazine/politik/spd-politiker-werfen-justizminister-buschmann-untaetigkeit-mieterschutz-39319964), und wird die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarte Gesetzespaket (unter anderem auch zum kommunalen Vorkaufsrecht) nun im ersten Quartal 2024 auf den Weg in das parlamentarische Verfahren bringen?
11. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die aktuell von der Stadt Heidelberg eingeführten Maßnahmen gegen Mietwucher wie ein öffentlicher Mietspiegelrechner und eine Anleitung zur Identifikation überhöhter Mieten nebst einem Formular, um bei entsprechendem Verdacht direkt mit der Stadt in Verbindung treten zu können sowie die Strategie, ein externes Unternehmen mit der Überprüfung von Online-Wohnungsangeboten zu beauftragen, um diese bei Verdacht auf Mietwucher an die Stadt zu melden, bekannt (siehe dazu: www.heidelberg24.de/heidelberg/gemeinderat-heidelberg-gegen-mietwucher-freiburger-modell-beschlossen-kostenp-reise-mietspiegel-wucher-92816601.html), und plant das Bundesministerium der Justiz ähnliche Strategien als bundesweite Gesetze zum Schutz der Mieterinnen und Mieter einzuführen?
12. Abgeordneter
Carsten Müller
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Wann ergreift die Bundesregierung selbst angekündigte Maßnahmen und stellt Mittel zur Verstärkung und sachgerechten Ausstattung des Paktes für den Rechtsstaat bereit (vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 84, auf: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, abgerufen am 15. Februar 2024), auch, um der Mehrbelastungen von Justiz und Strafverfolgungsbehörden, etwa durch das angekündigte Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) (vgl. www.lto.de/fileadmin/files/artikel/2024/Januar/Auswirkungen_Cannabislegalisierung.pdf, abgerufen 15. Februar 2024; www.drb.de/positionen/stellungnahmen/stellungnahme/news/18-2023, abgerufen 15. Februar 2024), Rechnung zu tragen?

13. Abgeordneter
Carsten Müller
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die zunehmenden Extremwetterlagen zeitnah unbedingt erforderliche Präventionsmaßnahmen ausweiten sowie ein tragbares Konzept für die Versicherung von Elementarschäden vorlegen, die unter anderem eine Konkretisierung von Staatshaftungsregeln einschließt?
14. Abgeordneter
Dr. Günter Krings
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Kritik der deutschen Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Regelung des Einsatzes von Verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen sowie zur Tatprovokation – u. a., dass der Gesetzesvorschlag überflüssig, praxisfern und ermittlungshindernd sei – ernst nehmen und den Referentenentwurf „beerdigen“, damit Organisierte Kriminalität und extremistisch motivierten Straftaten künftig weiterhin aufgeklärt werden können?
15. Abgeordnete
Susanne Hierl
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat der biologische Vater eines Kindes bei einer gewünschten „Mitmutterchaft“, also der Eintragung einer weiteren Frau als – rechtliches/nicht biologisches – Elternteil eines Kindes, als rechtlicher Vater eines Kindes eingetragen zu werden, da seine Stellung eigentlich gestärkt werden soll (vgl. Eckpunktepapier des Bundesministeriums der Justiz vom 16. Januar 2024, Zusammenfassung), und was passiert im Fall einer nicht einvernehmlich möglichen Lösung?
16. Abgeordnete
Susanne Hierl
(CDU/CSU)
- Wie kann aus Sicht der Bundesregierung verhindert werden, dass die Verantwortungsgemeinschaft, die nach dem Eckpunktepapier des Bundesministeriums der Justiz vom 2. Februar 2024 bis zu sechs Personen umfassen kann, die in einem persönlichen Näheverhältnis zueinander stehen und das im Modul 2 „Zusammenleben“ ausdrücklich auf räumliches Zusammenleben und gemeinsame Haushaltsführung abstellt, nicht missbräuchlich dazu genutzt wird, um polygame Lebensformen rechtlich abzusichern oder ist dies durch die Bundesregierung gegebenenfalls sogar gewünscht?

17. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Wie hoch veranschlagt das Bundesministerium der Justiz im Hinblick auf die beabsichtigte Verabschiedung des Cannabisgesetzes (CanG) den personellen und finanziellen Aufwand für die Länder, um die in den §§ 40 ff. CanG vorgesehene Tilgung früherer Verurteilungen vorzunehmen, und hat das Bundesministerium ansatzweise eine Vorstellung über die Zahl der zu bearbeitenden Vorgänge für die gemäß § 41 Absatz 1 CanG für Löschanträge Verurteilter zuständigen Staatsanwaltschaften?
18. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Müssen aufgrund der geplanten Regelung in § 40 Absatz 2 des Cannabisgesetzes (CanG) – wonach auch Gesamtstrafen von einer Tilgung betroffen sein können, soweit darin Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) aufgegangen sind, die nach dem CanG heute straflos bleiben werden – sämtliche betroffenen Gesamtstrafen neu gefasst werden, insbesondere, wenn Verstöße gegen das BtMG darin nur einen Teil der begangenen und abgeurteilten Delikte betreffen, und wenn ja, kann das Bundesministerium der Justiz einschätzen, um wie viele Verurteilungen es sich hierbei handeln dürfte und welchen Aufwand die Neufassung der Gesamtstrafen verursachen wird (bitte nach finanziellem und personellem Aufwand differenzieren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

19. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Wie viele Einnahmen entgehen durch die steuerfreie Inflationszulage von 3.000 Euro den Sozialversicherungen (bitte aufgeschlüsselt nach gesetzlicher Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, gesetzlicher Krankenversicherung und Pflegeversicherung angeben)?
20. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(Gruppe Die Linke)
- Wie haben sich die Zahlen der Über-65-Jährigen mit Grundsicherungsbezug in den Jahren 2011 bis 2022 entwickelt (bitte in absoluten Zahlen und prozentual angeben)?
21. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(Gruppe Die Linke)
- Wie hat sich die Altersarmutsquote in Europa nach EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) für Deutschland im Vergleich zur Durchschnittsquote der Europäischen Union und Österreich in den Jahren 2011 bis 2022 entwickelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

22. Abgeordneter
**Roderich
Kiesewetter**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, in einer gemeinsamen Initiative mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland die Führung in Europa zu übernehmen und die außer Dienst gestellte erste Tranche des Eurofighters der Ukraine zur Verfügung zu stellen?
23. Abgeordneter
**Roderich
Kiesewetter**
(CDU/CSU)
- Mit welchem Zeithorizont rechnet die Bundesregierung, um die NATO-Vorgaben bei den vorzuhaltenden Munitionsreserven für die Bundeswehr wieder einzuhalten?
24. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Soldaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit der Aufforderung des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) ihre Mitgliedschaft in der Jungen Alternative für Deutschland und/oder ihre Mitgliedschaft in einem als gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD-Landesverband dem BAMAD gegenüber offengelegt (www.spiegel.de/politik/deutschland/junge-alternative-bundeswehr-sucht-nach-mitgliedern-des-afd-nachwuchses-in-der-truppe-a-c9f754d6-12ea-433e-a3a8-41c3e27b4fbc)?
25. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung im Kontext der Beschaffung der Fregatten der Klasse 127 die Einführung eines zusätzlichen und neuen Führungs- und Waffeneinsatzsystems (FüWES) bei der Deutschen Marine – beispielsweise des kanadischen Systems 330 von Lockheed Martin –, und inwieweit entspricht dieses Vorgehen der nach meiner Kenntnis geplanten Standardisierung der von der Deutschen Marine genutzten maritimen FüWES (bitte ausführlich eingehen auf die damit zusammenhängenden Aspekte der nationalen technologischen Souveränität beim Umgang mit den FüWES, einer zu erwartenden höheren Einsatzverfügbarkeit sowie der perspektivischen Kostenersparnis)?

26. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Kosten für die geplante Stationierung einer Heeresbrigade in Litauen vor (bitte die prognostizierten Kosten entlang der Kategorien Militärische Beschaffungen, Infrastruktur und Personal sowie nach den Jahren 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029 ff. differenzieren), und welche militärischen Beschaffungsvorhaben, deren Bedarf (ausschließlich) in der geplanten Stationierung einer Heeresbrigade in Litauen begründet ist, wurden seit Ankündigung der Stationierung der Brigade durch den Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius im Juni 2023 vertraglich in Auftrag gegeben (bitte die zehn größtvolumigsten Vorhaben aufführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

27. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Hat der Bund zusätzlich zu den Ländern Ausgleichs- und Präventionsmaßnahmen für Schäden, die durch Wolfsrisse entstanden sind, im Jahr 2023 geleistet, und wenn ja, um welche handelte es sich in welcher finanziellen Höhe (bitte eine genaue Auflistung der Kostenarten in Euro für das Jahr 2023 vornehmen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

28. Abgeordnete
Petra Pau
(Gruppe Die Linke)
- Ist die öffentlich geteilte Annahme korrekt, dass Teile der Bundesregierung anstreben, das bereits in der ersten Lesung vom Parlament behandelte Demokratieförderungsgesetz um eine Extremismusklausel zu ergänzen (www.tagesspiegel.de/politik/absage-von-fdp-abgeordnetem-an-paus-und-faese-r-demokratieforderungsgesetz-wird-in-dieser-form-nicht-kommen-11202898.html?s=35)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

29. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie ist der Sachstand hinsichtlich der im Koalitionsvertrag angekündigten Überarbeitung von behördlichen Meldepflichten, damit Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität im Krankheitsfall nicht davon abgehalten werden, sich medizinisch behandeln zu lassen (vgl. S. 111 des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), und wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem diesbezüglichen Forderungspapier der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität vom September 2023 (vgl. www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Publikationen/BAG_Forderungen_gesundheitspolitische_Gesetzgebungsverfahren_20231006.pdf), soweit sie dieses zur Kenntnis genommen hat?
30. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Welche Maßnahmen außer der Abfrage von Anträgen zur Ausnahmeerteilung von den Mindestmengenfestlegungen bei den Ländern hat die Bundesregierung ergriffen, um die Schließung von Perinatalzentren und damit den meiner Ansicht nach kaum reversiblen Abbau von Kapazitäten, Know-how, Ausstattung insbesondere in ländlichen Regionen zu verhindern, vor dem Hintergrund des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 12. Oktober 2023, die Petition mit dem Aktenzeichen 2-20-15-8275-012160 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen?
31. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Möglichkeiten plant die Bundesregierung zur Eintragung in das laut Medienberichten (vgl. <https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/bmg-verspricht-stufenweisen-start-ab-18-maerz>) im März 2024 in Betrieb gehende Register für Erklärungen zur Organ- und Gewebespende (Organspende-Register), und beabsichtigt die Bundesregierung, die Option der Eintragung durch eine Arzt- oder Zahnarztpraxis oder durch eine Apotheke anzubieten, die dann jeweils gesondert vergütet würde?

32. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Kennt die Bundesregierung den an mich herangebrachten Vorschlag, dass im Einvernehmen mit der Selbstverwaltung alle niedergelassenen Praxen in Deutschland verpflichtet werden sollten, eine Homepage für die Patienten vorzuhalten, über die u. a. Termine zur Entlastung der medizinischen Fachangestellten vereinbart werden können und über die Neupatienten gezielt über Fachgebiete und Behandlungen informiert werden können, um die Patienten schon vor dem Erstkontakt an die fachlich passenden Ärzte zu steuern, und – wenn die Bundesregierung diesen Vorschlag befürwortet – welche Mindestkriterien an Informationen und Anwendungen sollte die Homepage einer niedergelassenen Praxis erfüllen?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Werden Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach Einschätzung der Bundesregierung für die Mitgliedstaaten verbindlich, falls der Änderungsantrag zu Artikel 1 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR 2005), der vorsieht, das Wort „non-binding“ in den Definitionen von „temporary“ und „standing recommendations“ zu streichen, von der Weltgesundheitsversammlung angenommen wird (vgl. A/WGIHR/2/7, https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf_files/wgih2/A_WGIHR2_7-en.pdf), und wie positioniert sich die Bundesregierung zu diesem Änderungsantrag bzw. zu dem Vorhaben, zukünftig auch verbindliche Empfehlungen der WHO zu ermöglichen?
34. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Warum wurde die vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegebene Studie „StopptCOVID“ ohne öffentliche Ausschreibung vergeben, und kann die Bundesregierung das öffentliche Unverständnis über dieses Vorgehen nachvollziehen, nachdem mit der Beauftragung des Robert Koch-Instituts und der Universität Bielefeld die Studie zumindest auch an eine dem Bundesministerium für Gesundheit unmittelbar unterstellte Stelle vergeben wurde (www.welt.de/politik/deutschland/plus249984838/StopptCovid-Studie-Lauterbach-haelt-Corona-Gutachten-unter-Verschluss.html)?

35. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Warum wird die „StopptCOVID“-Studie mit Ausnahme eines grob zusammenfassenden Abschlussberichts vom Robert Koch-Institut (RKI) unter Verschluss gehalten, obwohl die Förderrichtlinien zur Offenlegung verpflichten, und weshalb weist das Bundesministerium für Gesundheit das RKI nicht an, die vollständige Studie einschließlich der „Quellcodes“ der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (www.welt.de/politik/deutschland/plus249984838/StopptCovid-Studie-Laute-rbach-haelt-Corona-Gutachten-unter-Verschluss.html)?
36. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(Gruppe Die Linke)
- Wie wird die Bundesregierung dauerhaft gewährleisten, dass HIV-Therapien und PreP (HIV-Präexpositionsprophylaxe) jederzeit verfügbar sind, also keine Versorgungslücken wie in diesem Winter entstehen, um sicherzustellen, dass nicht durch für die HIV-Patientinnen und -Patienten riskante Therapiewechsel und fehlende Medikamente für PreP-Nutzerinnen und -Nutzer die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte der HIV-Prävention und -Behandlung verspielt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

37. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass trotz der erheblichen Finanzierungslücke bei der Deutschen Bahn AG die Bahnprojekte im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Tesla in Grünheide, die Verlegung des Bahnhofes Fangschleuse (GVFG-Mittel) und der Neubau des Übergabe- und Güterbahnhofes, abgesichert sind, und wird die Bundesregierung dafür zusätzliche Mittel bereitstellen (www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/Deutsche-Bahn-Keine-Streichung-von-Aus-und-Neubauprojekten-geplant-12680588)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

38. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Betrachtet die Bundesregierung Cannabis als zu den invasiven Arten (Neophyten) gehörig, und wenn ja, wie will die Bundesregierung das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, insbesondere Artikel 8 Buchstabe h (Vorsorge, Kontrolle und Bekämpfung invasiver Arten als Ziel und als Aufgabe der Vertragsparteien) im Falle der Cannabislegalisierung erfüllen (www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/invasive-arten/neobiota.html)?
39. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Kosten durch das Wolfsmanagement im Jahr 2023 in Form von Schutzmaßnahmen (wie z. B. Zäune und Hütehunde) und Ausgleichszahlung für gerissene Nutztiere wie Schafe und Ziegen etc. den einzelnen 16 Bundesländern entstanden sind, und wenn ja, wie hoch sind diese Kosten in Euro (bitte eine genaue Auflistung nach Ländern und Kostenarten in Euro für 2023 vornehmen)?
40. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(Gruppe Die Linke)
- Wird beurteilt die Bundesregierung den Stand der Umsetzung des Bodenziels des deutschen Klimaschutzplans 2050, die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf durchschnittlich unter 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, und welche weiteren Maßnahmen zur Erreichung des Ziels plant die Bundesregierung?
41. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(Gruppe Die Linke)
- Welche Haupthemmnisse sieht die Bundesregierung mittelfristig bei der Umsetzung des Ziels des deutschen Klimaschutzplans 2050, bis 2050 eine Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Ziel beim Bodenverbrauch) zu erreichen, und welche strukturpolitischen und umweltpolitischen Maßnahmen sind ihrer Auffassung nach notwendig, um diese Hemmnisse abzubauen?
42. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Erarbeitet oder plant die Bundesregierung aktuell eine Beschränkung oder ein Verbot für die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Arten, und wenn ja, mittels welcher Instrumente soll eine Beschränkung oder ein Verbot auf nationaler Ebene durchgesetzt werden?

43. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Wurden im Falle eines geplanten Verbots oder einer Beschränkung für die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Arten die zuständigen Ministerien und nachgeordneten CITES-Fachbehörden der Länder Botswana, Namibia, Südafrika, Tansania, Simbabwe, Sambia, Mosambik, Kanada, Mexiko, Tadschikistan, Pakistan, Aserbaidsehan gemäß den Empfehlungen der Weltnaturschutzunion IUCN (<https://iucnuli.org/wp-content/uploads/2021/11/IUCN-Briefing-Paper-Informing-Decision-s-on-Trophy-Hunting-German-Translation-Informationsschreiben-zur-Troph%C3%A4enjagd.pdf>) über das Vorhaben der Bundesregierung informiert und zu den konkreten Auswirkungen auf die Artenschutzstrategien und die Bevölkerung der jeweiligen Länder konsultiert (bitte Konsultationsprozess auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

44. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Kennt und inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik des Generalsekretärs des Deutschen Eishockey-Bundes Claus Gröbner (siehe Pressemitteilung von TEAMSPORT DEUSCHLAND vom 14. Februar 2024 mit der Überschrift „DEB und Deutsche (Profi)Mannschaftssportverbände: Aussetzung von Förderrunde 2024 zur Sanierung von Sportstätten hinsichtlich Investitionsdefizits der falsche Weg“), und was plant die Bundesregierung konkret auch mit Blick auf die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigte „Offensive für Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen unter Beachtung von Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Inklusion“, um die Sanierung wie auch den Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern in deutlich größerem Umfang als bisher in den Jahren 2024 und 2025 auf den Weg zu bringen (bitte die jeweils geplanten Maßnahmen mit finanziellem Umfang nennen)?

45. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wie bzw. ab wann und unter welchen Voraussetzungen ist die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung (zwischenzeitlich) sichergestellt und für die Städte und Gemeinden rechtssicher nutzbar vor dem Hintergrund, dass die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung aus dem Bundeshaushalt 2024 gestrichen wurde und nach den Äußerungen der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz nun über eine Änderung zum Finanzausgleichsgesetz über erhöhte Anteile an der Umsatzsteuer gesichert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

46. Abgeordneter
Gunther Krichbaum
(CDU/CSU)
- Treffen Medienberichte zu, wonach der französische Präsident Emmanuel Macron und der Bundeskanzler Olaf Scholz im Vorfeld des Europäischen Rates im Dezember 2023 Druck auf die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgeübt haben, damit ein zunächst gesperrter Betrag von 10 Mrd. Euro an Ungarn ausgezahlt werden konnte, und wurde dadurch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban zu seiner „Kaffeepause“ während der entscheidenden Abstimmung motiviert, durch die bei der Entscheidung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine Einstimmigkeit erzielt werden konnte?
47. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Zu welchen Themen wurden in der laufenden Legislaturperiode verfassungsrechtliche Einschätzungen im Bundeskanzleramt verfasst, bei denen die Entscheidung zu deren Erstellung das für Verfassungsrecht zuständige Fachreferat des Bundeskanzleramtes im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung in eigener Zuständigkeit getroffen hat (bitte die letzten 28 Vorgänge chronologisch nach Themen der Einschätzungen auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

48. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung die Datenerhebung zur Wärmeplanung durch beauftragte private Dritte (etwa in Form von Wärmebildaufnahmen) als konform mit der Datenschutz-Grundverordnung an (www.tichyseinblick.de/meinungen/koeln-rheinenergie-haeuser-fassaden-waermebildaufnahmen/)?
49. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wird die Bundesregierung den Vorschlägen des Briefs des brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke an den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck und den Bundeskanzler Olaf Scholz folgen, dass im Falle einer Enteignung der Rosneft Deutschland GmbH der Bund für mindestens zwei Jahre die Anteile an der PCK Raffinerie in Schwedt halten soll, die zweijährige Beschäftigungsgarantie, die Ende 2022 vom Bund ausgesprochen wurde, vollumfänglich aufrechterhalten wird, dass der Bund, dann als Miteigentümer, den Ausbau der Pipeline Schwedt–Rostock vorantreibt und eine Auslastung von mindestens 85 Prozent der Raffinerie zugesichert wird, und wenn nein, warum nicht (www.moz.de/nachrichten/brandenburg/erdoelraffinerie-in-schwedt-woidke-fordert-uebernahme-russischer-pck-anteile-durch-bund-73038157.html)?
50. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Was war der Inhalt des Briefs des Rosneft-Chefs Igor Setschin an den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck, und was hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geantwortet?
51. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die beantragte Entschädigung für finanzielle Schäden, die Rosneft angeblich durch die Treuhandverwaltung entstanden sind, die Rosneft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vor dem Hintergrund des Urteils vom 14. März 2023 – BVerwG 8 A 2.22 – gestellt hat, und inwieweit werden künftige Käufer der Rosneft-Anteile durch das BMWK überprüft?

52. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- In Höhe welchen Gesamtwertes wurden im Jahr 2024 bis zum aktuellen Stichtag Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern für Israel erteilt (bitte neben dem Gesamtwert auch die Werte für die Monate Januar und Februar sowie die jeweiligen Werte für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter in den entsprechenden Monaten auflisten; sofern eine endgültige Auswertung für den Zeitraum noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und plant die Bundesregierung – sofern ggf. zum aktuellen Stichtag noch nicht geschehen – einen Rüstungsexportstopp (Stopp der tatsächlichen Ausfuhr und Genehmigungsstopp) für Israel zu verhängen, vor dem Hintergrund der Entscheidung eines Gerichts in den Niederlanden, das den Export von Teilen für das Kampfflugzeug F-35 nach Israel wegen Bedenken, dass die damit ausgerüsteten Kampfflugzeuge im Gaza-Krieg bei Verstößen gegen das Völkerrecht zum Einsatz kommen könnten, gestoppt hat, und vor dem Hintergrund, dass der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die USA indirekt zum Stopp ihrer Waffenlieferungen an Israel aufgefordert hat (Reuters vom 12. Februar 2024)?
53. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Forschungsmittel des Bundes werden im Forschungsbereich Wasserstoff ohne inhaltliche Vorgaben zur Verfügung gestellt, und wie viele Forschungsmittel werden mit Vorgaben versehen?
54. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche Mittel des Bundes werden für die angekündigten 1,75 Mrd. Euro des Zukunftsfonds (siehe <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/bundesregierung-stellt-1-75-milliarden-euro-fuer-zukunftsfonds-bereit>) verwendet, und wie viel frisches Geld ist in diesen in der 20. Legislaturperiode geflossen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

55. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie verhält sich der Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann zum aktuellen Ausländerrecht in Bezug auf Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine?

56. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Zahlen von der sächsischen Außengrenze liegen der Bundesregierung bezüglich Fahndungstreffern und unerlaubten Einreisen seit September 2023 vor (bitte jeweils monatlich aufschlüsseln)?
57. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Mitarbeitende in den Bundesministerien, nachgeordneten Behörden und Stellen, insbesondere den Sicherheitsbehörden des Bundes, sind per 31. Dezember 2023 als Mitglieder in der Jungen Alternative und/oder in einem als gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD-Landesverband der Bundesregierung bekannt, und beabsichtigt die Bundesregierung insoweit bisher nicht vorliegende Informationen künftig von den Mitarbeitenden abzufragen?
58. Abgeordnete
Petra Pau
(Gruppe Die Linke)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl deutscher Teilnehmender (inkl. Namen der Gruppierungen und Organisationen) beim faschistischen Gedenkmarsch „Tag der Ehre“ in Budapest um den 11. Februar 2024, an dem Medienberichten zufolge erneut zahlreiche deutsche Rechtsextreme teilnahmen und bei dem ein Filmteam des nd verbal von deutschsprachigen Teilnehmenden bedroht wurde (www.nd-aktuell.de/artikel/1179966.antifa-prozess-bundesregierung-hat-kein-problem-mit-haftbedingungen-in-ungarn.html), und welche rechtsextremen Gruppierungen konnten an der Einreise gehindert werden?
59. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Zurückweisungen an allen deutschen Landesgrenzen gab es seit dem 1. Oktober 2023 durch die Bundespolizei im Vergleich zur Zahl der bei unerlaubten Einreisen aufgegriffenen Personen und der dabei gestellten Asylgesuche (bitte die Angaben zur Grenze zu Österreich, der Schweiz, Polen und Tschechien gesondert aufführen, bei den Zurückweisungen nach den drei wichtigsten Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln und nach Jahren differenzieren), und hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, dass die Zahl von Verkehrsunfällen mit Schleuserfahrzeugen im Zusammenhang mit Polizeikontrollen Medienberichten zufolge 2023 stark angestiegen ist, wobei es mindestens zwei Unfälle mit tödlich Verletzten, aber viele weitere mit teils schwer Verletzten Personen gab (www.br.de/nachrichten/bayern/schleuserfahrzeug-bei-ampfung-verunglueckt-sieben-tote, TsRcaOK, www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/anklage-schleuser-toedlich-unfall-fluechtlinge-100.html, bitte erläutern und ggf. mit Zahlen aus der Unfallstatistik und/oder zu einer möglicherweise intensivierten Kontrollpraxis der Bundespolizei unterlegen)?

60. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Sind aus der anwaltlichen Praxis an mich herangetragene Informationen zutreffend, wonach das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) momentan nicht über die Asylanträge von palästinensischen Asylsuchenden aus dem Gazastreifen entscheide, weil die dortige Lage „dynamisch“, „unübersichtlich“ und „schwer zu bewerten“ sei (bitte erläutern), und wie hat sich die Zahl der anhängigen Asylverfahren von Asylsuchenden aus dem Gazastreifen beim BAMF im letzten Jahr entwickelt (bitte die Zahl der anhängigen Verfahren zu den Stichtagen 31. März 2023, 30. September 2023, 31. Dezember 2023 und zum letzten verfügbaren Stand nennen)?
61. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele Personen aus dem Gazastreifen wurden seit dem 7. Oktober 2023 aus welchen Gründen von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (vgl. www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/eu-asylagentur-asylantraege-2023-2024/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

62. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung mehrheitlich islamische Staaten, die sich für die Verbrechen der Sklaverei entschuldigt oder hierfür eine Entschädigungszahlung vorgenommen oder angekündigt haben?
63. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Inwieweit floss in die Erwägungen der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock über die Zusage von 15 Mio. Euro Militärhilfe an den Libanon die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland ein, und warum hielt sie diese Ausgabenzusage dennoch für opportun (vgl. Junge Freiheit – <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/baerbock-schenkt-libanesischer-armee-15-millionen-euro/>, zuletzt abgerufen am 15. Januar 2024)?

64. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vorschläge unterbreitet die Bundesregierung in internationalen Foren, um den Proliferationsaktivitäten Nordkoreas u. a. mittels verstärkter Sanktionen entgegenzutreten und so seitens der Bundesrepublik Deutschland ein Signal der Unterstützung an die uns bei den Russland-Sanktionen unterstützenden ostasiatischen Partner zu senden, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung im Einklang mit den Partnern Deutschlands, um Waffenexporte von Nordkorea an Russland zu verhindern oder zumindest zu erschweren?
65. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Wieso brauchte es – nach meiner Auffassung – die sofortige Bereitschaft des französischen Außenministers Stéphane Séjourné, kurz nach seinem Amtsantritt nach Berlin und Warschau zu reisen, mit dem expliziten Ziel, das Weimarer Dreieck zu stärken (www.publicsenat.fr/actualites/politique/au-ministere-des-affaires-etrangeres-stephan-e-sejourne-souhaite-faire-de-lavenement-de-leurope-puissance-sa-priorite), obwohl die Bundesregierung seit über zwei Jahren im Amt ist, um frischen Wind ins Weimarer Dreieck zu bringen, und wie hat die Bundesregierung die französischen und polnischen Vorschläge zu den im Weimarer Dreieck zu behandelnden Themen seitdem beantwortet?
66. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Zahlungen sind seit dem 7. Oktober 2023 an UNRWA geflossen (bitte die sieben letzten Zahlungen nach Datum, Region, Art und Summe auflisten), und wie plant die Bundesregierung angesichts der dramatischen Vorwürfe, mit UNRWA zukünftig umzugehen?
67. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung eine Position zu dem Einsatz von Habsora, einem System, das sogenannte künstliche Intelligenz nutzt, seitens der Israel Defense Forces mit Blick auf die der Bundesregierung bekannten Risiken und Gefahren von Autonomie in Zielerkennung und Zielerfassung (siehe: www.spiegel.de/ausland/israel-hamas-krieg-wie-das-israelische-militaer-kuenstliche-intelligenz-nutzt-a-d85a8b8a-d17e-4136-afc6-1f513f4be68c; www.derstandard.de/story/3000000198169/waehlt-tatsaechlich-ein-ki-system-die-ziele-israels-im-gaza-krieg-aus), und welche Informationen im Rahmen der Exportkontrolle von Rüstungsgütern hat die Bundesregierung zu deutschen Firmen, die an der Entwicklung und/oder Herstellung von Bauteilen und Technologien für Habsora beteiligt sind?

68. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass sich 133 bzw. 134 Personen auf der Fahndungsliste der Russischen Föderation befinden („So viele Deutsche stehen auf Putins Liste“ auf t-online am 14. Februar 2024), und wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert, und wie viele Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit befinden sich aktuell in Russland in Haft?
69. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(Gruppe Die Linke)
- Liegen der Bundesregierung konkrete Kooperationsangebote der britischen und/oder französischen Regierung bezüglich einer bi- oder trilateralen oder europäischen gemeinsamen Verfügung über Nuklearwaffen vor, und wenn ja, welche?
70. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Welche Modalitäten (Rückzahlungszeitraum und Zinssätze etc.) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Europäischen Union mit der Ukraine bezüglich der auf dem EU-Sondergipfel in Brüssel am 2. Februar 2024 beschlossenen Hilfen in Höhe von 50 Mrd. Euro vereinbart, die aus 33 Mrd. Euro an Krediten und 17 Mrd. Euro an Zuschüssen bestehen und deren erste Tranche von 4,5 Mrd. Euro von der Ukraine im März erwartet wird (Reuters vom 2. Februar 2024), und welche Modalitäten (Rückzahlungszeitraum und Zinssätze etc.) sind nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Europäischen Union mit der Ukraine bezüglich des insgesamt 18 Mrd. Euro umfassenden Unterstützungsprogramms im Jahr 2023 vereinbart worden (www.welt.de/politik/ausland/article249177702/EU-zahlt-vorerst-letzten-Milliardenkredit-an-Ukraine-aus.html#:~:text=Die%20EU%20hat%20die,Euro%20umfassenden%20Unterst%C3%BCtzungsprogramm%20f%C3%BCr%202023)?

